Sicherheit der Bevölkerung an oberster Stelle?
Angermann (CDU): Landesregierung muss deutliches Signal im Umgang mit verhaltensauffälligen Wölfen setzen

Donnerstag 19. März 2015 - **Hannover (wbn). Geht's den mittlerweile 58 Wölfen im Land bald an den Pelz? Der CDU-Landtagsabgeordnete Ernst-Ingolf Angermann hat die rot-grüne Landesregierung in der heutigen Landtagsdebatte aufgefordert, angesichts des zunehmenden Auftretens verhaltensauffälliger Wölfe in Niedersachsen ein deutliches Signal zu setzen.**

Besorgniserregend sei vor allem, dass der Wolf bei Begegnungen mit Menschen kaum mehr Scheu zeige. „Einzelne Tiere haben sich inzwischen zu regelrechten Problemwölfen entwickelt, die aufgrund ihres unnatürlichen Verhaltens eine Gefahr für die Bevölkerung darstellen", sagte Angermann. „Die Menschen im Land sind angesichts dieser Entwicklung zu Recht besorgt."

Fortsetzung von Seite 1

Die von der Landesregierung im Umgang mit Problemtieren bislang eingeleiteten Maßnahmen bezeichnete der CDU-Landtagsabgeordnete als ungeeignet. „Die Sicherheit der Bevölkerung muss absolute Priorität haben. Dazu bedarf es klarer Regeln, die festlegen, welches Verhalten eines Wolfes als artfremd zu bezeichnen ist und wie in solchen Fällen vorgegangen werden muss", betonte Angermann. „Ein Wolf, der eine Gefahr für den Menschen darstellt und bei dem eine Lebendentnahme nicht möglich ist, muss getötet werden dürfen."

Angermann: Ganz Niedersachsen zur Präventionskulisse erklären

Angesichts der zunehmend Ausbreitung des Wolfs müssten darüber hinaus die Herdenschutzregionen abgeschafft und ganz Niedersachsen zur Präventionskulisse zu erklärt werden. „Die Lage spitzt sich zu. Mittlerweile haben wir in Niedersachsen über 50 Wölfe. Mehr als 200 Schafe, Rinder und Damwild sind bereits vom Wolf gerissen worden", so Angermann. Bereits im Februar habe die CDU-Fraktion mit der Einrichtung einer Task-Force sowie eines Expertenteams vorausschauendes Agieren gefordert, um kurzfristig auf neue Herausforderungen reagieren zu können. „Passiert ist bislang nichts. Die rot-grüne Landesregierung trägt damit für Ereignisse, die auf unzureichende Präventionsmaßnahmen zurückzuführen sind, die politische Verantwortung."

FDP fordert erneut Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht

Auch der umweltpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Gero Hocker erneuerte heute seine Forderung nach der Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht. Seiner Ansicht nach müssten die Tiere behandelt werden wie andere Wildtiere auch. Die bewährten jagdrechtlichen Regeln schaffen Hocker zufolge einen sinnvollen Ausgleich zwischen den Interessen der Menschen im ländlichen Raum und dem Artenschutz der Wildtiere. Die Sorgen von Schäfern und anderen Nutztierhaltern seien nachvollziehbar und müssten ernst genommen werden. Nötig ist Hocker zufolge ein unbürokratischerer Schadensersatz für Viehhalter bei Wolfsrissen. „Die Viehhalter brauchen schnelle und unbürokratische Hilfe bei Wolfsrissen. Der vom Umweltminister geforderte Nachweis per Gentest ist bürokratisch, teuer und dauert zu lange. So steigert man die Akzeptanz für Wölfe nicht“, kritisiert der FDP-Umweltexperte.

Hintergrund: In Niedersachsen sind bisher fünf Rudel, zwei Paare und zwei territoriale Einzeltiere, also insgesamt 58 Wölfe nachgewiesen worden. Seit 2014 gab es 58 getötete und 38 durch Wölfe verletzte Nutztiere. Experten erwarten ein Wachstum der Wolfspopulationen in den kommenden Jahren wegen der hohen Anpassungsfähigkeit und der Abwesenheit von Fressfeinden.